

Motion FDP/jfk
Professionelle Finanzpolitik - Schaffung einer parlamentarischen
Finanzkommission

Das Ratsbüro wird beauftragt, dem Rat ein Reglement vorzulegen, welches die Schaffung und die reglementarische Ausgestaltung einer Finanzkommission vorsieht, allenfalls ergänzt durch eine entsprechende Anpassung des Geschäftsreglements.


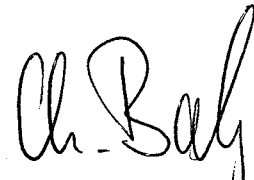

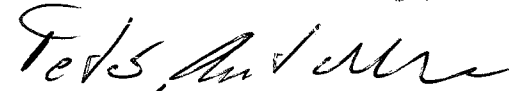


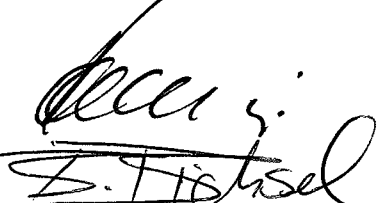


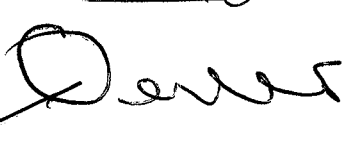



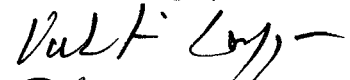
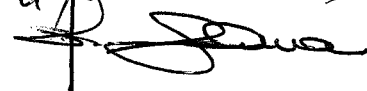


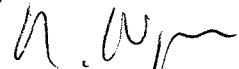

Begründung

Dem Parlament stehen durch die Genehmigung des Budgets, des Steuersatzes, aber auch mit dem neuen Mittel des IAFPs und des Planungsbeschlusses, weitgehende finanzpolitische Kompetenzen und Instrumentarien zur Verfügung. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass das Parlament - sowohl wegen der Komplexität finanzpolitischer Einzelentscheide, wie auch durch die Tatsache, dass im Budgetierungsprozess erst ein später Einbezug des Parlaments und seiner Organe vorgesehen ist - immer wieder durch Informationsdefizite in seiner Entscheidungsfindung beeinträchtigt wird. Gleichzeitig fehlen dem Gemeinderat verbindliche Rückmeldungen und Vorgaben eines parlamentarischen Organs, die frühzeitig in den Budgetierungsprozess Einfluss finden könnten und so die Planungssicherheit erhöhen würden.

Die GPK kann, als Kommission mit sehr breit gefasstem Aufgabenbereich, kurz vor der Budgetsitzung des Parlamentes hier nur eine beschränkte Rolle übernehmen. Aus diesen Gründen ist es sinnvoll, dass eine Gemeinde mit einem 200 Millionen Budget, eine spezialisierte parlamentarische Finanzkommission einsetzt. Analog anderen Gemeinden müsste diese Kommission z.B. folgende Aufgaben übernehmen: Laufende Überarbeitung und Überwachung der Finanzplanung, Aufstellung von Budgettrichtlinien, Vorberatung von Voranschlag, IAFP und Rechnung, Bearbeitung der finanzpolitischen Führungsmittel und Begleitung des Budgetierungsprozesses in Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung.

Gemäss Art. 65 Absatz 2 der Gemeindeordnung, bedarf eine entsprechende ständige Kommission des Parlamentes einer Grundlage in Form eines Reglements; gleichzeitig könnte eine entsprechende ständige Kommission nach Art. 42 GO, allenfalls Eingang in die Geschäftsordnung des Parlamentes finden.

Liebefeld, 8.12.2008
Mark Stucki

Kuzg'
Ch. Zuercher

Gemäss Artikel 50 des Geschäftsreglements des Parlamentes
übermittle ich den vorliegenden Vorstoss dem Gemeinderat.

8. 12. 08 der Präsident
M. K. L.

[Faint handwritten text]